

## **Initiative „Für eine sichere Stadt Bern“ und Gegenvorschlag: Zusätzliche Unterlagen des Grünen Bündnis**

### **Die Behauptung, der Polizeibestand in der Stadt Bern sei seit 25 Jahren nicht mehr erhöht worden, muss relativiert werden.**

Es ist wohl richtig, dass der Stadtrat letztmals 1982 den Sollbestand des Polizeikorps von 500 auf 550 angehoben hat. Seither gab es aber zahlreiche Massnahmen, um die Polizeiarbeit zu reorganisieren und damit sicherheitspolizeiliche Ressourcen frei zu stellen: Einführung der EDV, Neustrukturierung der Sicherheitspolizei (APOLLO), zusätzliche Stellen im Verkehrsdienst, zusätzliche Stellen beim Botschaftsschutz, zusätzliche Stellen im administrativen Bereich.

In den Jahren 1999/2000 beispielsweise verzeichnete die Stadtpolizei extrem hohe Austrittszahlen, der Korpsbestand betrug im Jahr 2001 noch 542 Personen, davon 402 ausgebildete PolizistInnen. Die Stadt musste also über Jahre hinweg zunächst einmal versuchen, den seit 1982 budgetierten Sollbestand von 550 PolizistInnen überhaupt erfüllen zu können. So verzeichnete die damalige Direktion DSI Ende 2002 total 69 Vakanzen, Fluktuationsrate rund 10%. 2004 liefen drei Polizeiklassen parallel, eine grössere Klasse mit 39 Aspiranten war anfangs 2004 fertig ausgebildet. Die damals neue Polizeidirektorin, Gemeinderätin Ursula Begert freute sich, dass „damit unsere Kasernen aus allen Nähten platzen werden“ (Stadtratsdebatte 30. Oktober 2003).

Im Juni 2006 konnten 20 neue SicherheitspolizistInnen vereidigt werden. Damit war der budgetierte Sollbestand zum ersten Mal erfüllt. Zugleich war aber schon klar, dass die Polizei aller Voraussicht nach per 1.1.2008 kantonalisiert werden wird. Die Polizeidirektion (die immer unter bürgerlicher Ägide stand) verzichtete daher in Absprache mit dem Polizeikommando auf die Durchführung und Finanzierung weiterer Polizeischulen. Entsprechend sind auch die Überstunden bei der Polizei gestiegen: Immer mehr politische oder gesetzliche Vorgaben (Repression statt Opportunitätsprinzip im Drogenbereich, insbes. beim Konsum von Cannabis, Einschränkungen des öffentlichen Raums, Ausweitung der Wegweisungen, Abfallsünder, Strassenverkehr) generieren mehr Polizeistunden bei gleichbleibendem oder sinkendem Personalbestand.

Mit der Initiative müssten im Verlauf der nächsten Jahre allein für die Stadt Bern rund 40 neue PolizistInnen eingestellt werden. Der ganze Kanton stellt heute 200 fehlende Polizei-Stellen fest (Fluktuationsrate bei der Kantonspolizei 2007: 5.43%, 2008: 5.6%, div. Reorganisations- und Optimierungsmassnahmen sind 2009 eingeleitet worden).

Bis Ende 2009 wird der Botschaftsschutz auf 96 Sollstellen aufgestockt. Die Botschaftsschützer haben (eingeschränkte) polizeiliche Befugnisse, sind also eine Entlastung für die Sicherheitspolizei. Neu sollen zudem 39 Angehörige der Militärischen Sicherheit für den Botschaftsschutz eingestellt werden, auch sie werden – was nicht unproblematisch ist – mit weitergehenden polizeilichen Befugnissen ausgestattet. Zu erwähnen bleibt noch, dass die Berner Polizei bei grösseren Anlässen über das Polizeikonkordat PolizistInnen anfordern kann.

Mit zusätzlichen 40 Polizeistellen wäre der Anteil der Stadt sowohl im Verhältnis zum kantonal ausgewiesenen Bedarf von 200 PolizistInnen als auch im Verhältnis zu den tatsächlichen Zahlen der Kriminalitätsstatistik und der Einschätzung der Polizei dazu eindeutig überrissen. Kommt hinzu, dass der Polizeiberuf ein extrem schwankender Beruf ist: Viele PolizistInnen suchen sich nach einigen Jahren Dienst eine andere Stelle (Bundespolizei) oder gehen zurück in ihren früheren Beruf.

Die Initiative würde also einmal mehr ein Soll an Polizeistunden bzw. PolizistInnen vorgeben, das kaum in vernünftiger Zeit (wenn überhaupt je) erreicht werden kann. Damit würde der Druck auf die PolizistInnen, dem Anspruch auf deutlich mehr Präsenz zu genügen, noch grösser. Und die Bevölkerung wäre sowohl ge- als auch enttäuscht.

## Zahlen & Fakten zu Police Bern (Februar 2010)

Fluktuationsrate im Polizeicorps:

2008 : 5.6% Abgänge, davon 3,7% Kündigungen (Rest Pensionierung etc.)

2009: 4,4% Abgänge, davon 2,6% Kündigungen

Vergleich Kantonsverwaltung 2008 insgesamt:

total 7.8% Abgänge, davon Kündigungen 5.1%

Police Bern Soll-Budget per 1.1.2010 (Sicherheits- und Kriminalpolizei): Per 1.1.2010 gibt es einen Unterbestand von 43 Polizeistellen, per 1.2. wurden aber 43 neue PolizistInnen und einige Botschaftsschützer vereidigt. Man rechnet im Verlaufe vom 2010 mit 80 bis 100 Abgängen, eine neue Polizeischule beginnt im Herbst.

Per 2011 sollte - wenn nichts Aussergewöhnliches geschieht - der Unterbestand aufgeholt werden können, inkl. regulärer Fluktuation. Der Ruf nach mehr (neuen) PolizistInnen ist also auch hier müssig, solange es nur schwer möglich ist, den budgetierten Sollbestand zu erreichen resp. über längere Zeit auch zu halten.

Der Regierungsrat will aus Spargründen nicht sofort und umgehend neue Stellen ins Budget aufnehmen, um die zusätzlich zum budgetierten Sollbestand erwünschten 139 neuen Polizeistellen zu schaffen. Es geht auch daher nicht, weil die Polizeischulen in der Regel 1 ½ Jahre dauern und dann auch nicht jedeR die Schule fertig macht oder PolizistIn in Bern bleibt/wird.

Es ist also ein von Jahr zu Jahr wiederkehrendes sensibles Zahlen-Szenario. In Krisenzeiten bleiben die Leute eher bei der Polizei, in guten Zeiten gehen sie weg (zu einem privaten Sicherheitsdienst, in einen anderen Kanton, wo sie mehr Lohn erhalten oder zum Bund, zum Grenzwachtkorps etc.). Bezüglich Lohn steht die Berner Kantonspolizei nicht grad an erster Stelle... Vergleichszahlen sind nur schwer zu erhalten (allenfalls über das kant. Personalamt, das ein Benchmarking führt). Das durchschnittliche Dienstalder bei der Polizei beträgt 30 Dienstjahre (was relativ viel ist).

Worstcase wäre, wenn die FDP-Initiative angenommen wird, der Kanton aber keine freien Personalressourcen hat (Unterbestand). Er müsste dann allenfalls zur Erfüllung des Auftrags mit der Stadt Bern in Thun, Biel oder wo auch immer Polizeistunden abziehen (was auch wieder schwierig wird, weil diese Gemeinden in der Regel ja auch wiederum einen Ressourcenvertrag haben). Dann müsste der Regierungsrat notfalls gegen die Stadt entscheiden (Vertrag auflösen) und die Ja-Stimmenden in der Stadt wären dann quasi die Geprellten, weil der Verfassungsauftrag (GO) nicht erfüllt werden kann.

Dieses Szenario ist beim Gegenvorschlag des Gemeinderates eher unwahrscheinlich, die darin geforderte Aufstockung von 10'000 bzw. 20'000 Stunden kann auch einigermassen erfüllt werden bei Personalknappheit.

Police Bern ist unterdessen ein grosses Unternehmen:

Gesamt-Etat (alle Funktionen, inkl. Administration etc.): 2'300 Vollzeitstellen!